

DER STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT UND SEINE FOLGEN FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE FISKALPOLITIK

KURZFASSUNG

Bruno Rossmann

Die fiskalischen Konvergenzkriterien und der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) prägen seit dem Beitritt Österreichs zur EU die Budgetpolitik. Der von Beginn an umstrittene SWP ist seit seiner Einführung in doppelter Hinsicht gescheitert. Er trug zu Ausmaß und Dauer der Stagnation ab dem Jahr 2001 bei und konnte einen Anstieg der Budgetdefizite in vielen Mitgliedsstaaten des Euroraums nicht verhindern. Seine wesentliche Fehlkonzeption besteht darin, dass er in unterschiedlichen konjunkturellen Situationen nicht symmetrisch wirkt. Auch die Koordinierung der Budgetpolitik im Euroraum ist als gescheitert zu betrachten. Die Reform des SWP hat zwar die Flexibilität erhöht, die wesentlichen Mängel jedoch bestehen lassen. Da er weiterhin ein Stabilitäts- und kein Wachstumspakt ist, kann er das zentrale europäische Problem, die schwache Binnennachfrage, nicht lösen. In Österreich hat der SWP zunächst zu einer strikten „Nulldefizit-Regel“ geführt, die in der Folge durch eine Budgetpolitik mit dem Ziel „ausgeglichener Haushalte über den Konjunkturzyklus“ abgelöst wurde. Der geänderte fiskalpolitische Kurs wirkte insbesondere im Jahr 2001, dem Einsetzen eines weltweiten Konjunkturabschwungs, prozyklisch. Durch eine Sparpolitik zur Erreichung des „Nulldefizits“ wurde der Konjunkturabschwung hausgemacht verschärft. Der fiskalpolitische Kurs in den Jahren danach ist durch das Fehlen eines zukunftsweisenden Konzepts zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung gekennzeichnet. Daran sowie an der von 2001 bis zuletzt steigenden Arbeitslosigkeit ist der SWP – in Österreich wie in Europa – in hohem Maße mitverantwortlich. Er muss daher einem fiskalpolitischen Regime weichen, in dessen Zentrum eine langfristig stabile Schuldenquote und die goldene Finanzierungsregel stehen.